

Rede
Nr. 048/2026
Kiel, 25.02.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Bildung im Norden muss immer auch Bildung in und mit der Minderheit sein!

„Wir als SSW bieten Ihnen weiterhin die Hand für eine echte Weiterentwicklung. Aber wir werden nicht lockerlassen, wenn es um die Minderheit, um die Inklusion und vor allem um die sukzessive Kostenfreiheit der frühkindlichen Bildung geht.“

Christian Dirschauer zu TOP 1 - Regierungserklärung „Stark von Anfang an: Mit bester Bildung und Betreuung“

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Herr Ministerpräsident, Sie haben uns heute eine Vision präsentiert. ‚Stark von Anfang an‘ – das ist ein Titel, den man eigentlich nur unterschreiben kann. Denn wir alle hier wissen doch: Die ersten Jahre eines Kindes sind die wichtigsten. Hier wird das Fundament für den gesamten Lebensweg gelegt. Hier entscheidet sich, ob ein Kind seine Potenziale entfalten kann oder ob seine Herkunft zum unüberwindbaren Hindernis wird.

Lassen Sie uns mit den Fakten beginnen, die Sie uns heute vorgelegt haben. Wir sehen eine Entwicklung, die uns vor neue Herausforderungen stellt. Sinkende Kinderzahlen führen dazu, dass wir plötzlich über Leerstandskosten in den Kommunen und womöglich über einen punktuellen Fachkräfteüberhang sprechen. Dass die Landesregierung sich nun

entschieden hat, die freiwerdenden Mittel nicht etwa im allgemeinen Haushalt verschwinden zu lassen, sondern sie im Kita-System zu belassen, ist ein richtiger und notwendiger Schritt. Wir als SSW haben das immer wieder eingefordert: Bildungsgeld muss Bildungsgeld bleiben! Alles andere wäre ein Verrat an der Zukunft unserer Kinder.

Aber, Herr Ministerpräsident, lassen Sie uns diesen Schritt nicht als heroische Leistung verklären. Es ist eine logische Konsequenz. Wer die Qualität sichern will, darf bei sinkenden Kinderzahlen nicht einfach den Rotstift ansetzen, sondern muss die Chance weiter nutzen, auf ein Niveau zu kommen, das den Namen ‚Bildungseinrichtung‘ auch verdient.

Besonders hellhörig macht uns die Analyse der Betreuungsquoten. Während in Schleswig-Holstein nahezu jedes Kind ohne Migrationshintergrund eine Kita besucht, liegt die Quote bei Kindern mit Migrationshintergrund bei erschreckenden 60 Prozent. In der Altersgruppe der 3- bis 6-jährigen besuchen insgesamt 8 Prozent der Kinder keine Kita. Das ist kein bloßer statistischer Wert. Das ist ein Warnsignal! Wir wissen, dass insbesondere Kinder aus bildungsfernen Familien und Familien mit Migrationsgeschichte massiv davon profitieren, wenn sie frühzeitig in Kontakt mit der deutschen Sprache und unserem Bildungssystem kommen. Dass Sie hier mit aufsuchender Arbeit gegensteuern wollen, begrüßen wir ausdrücklich. Wir müssen die Hürden dort abbauen, wo sie am höchsten sind – direkt in den Stadtteilen, direkt bei den Familien. Der Ausbau der PerspektivKitas ist dabei ein zentrales Element. Wir brauchen diese personellen Verstärkungen in sozial herausgeforderten Gebieten. Aber ich sage Ihnen auch: der Ausbau ist ein Anfang, aber er darf nicht das Ende der Fahnenstange sein. Wir brauchen eine dauerhafte, bedarfsorientierte Finanzierung, die sich an der sozialen Realität vor Ort ausrichtet, nicht an starren Budgets.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Schleswig-Holstein sprechen, dann sprechen wir über ein Land der Vielfalt. Und diese Vielfalt spiegelt sich nirgendwo so deutlich wider wie in unseren Kitas. Die Einrichtungen des Skoleforeningen und des SdU leisten seit Jahrzehnten eine Arbeit, die weit über die bloße Kinderbetreuung hinausgeht. Sie sind Orte der Mehrsprachigkeit, der interkulturellen Kompetenz und der gelebten Minderheitenpolitik.

Herr Ministerpräsident, in Ihrem Konzept ‚KiTa für Alle‘ muss dieses ‚Alle‘ ganz explizit auch die dänischen Einrichtungen einschließen. Es darf nicht sein, dass die Minderheiten-Kitas bei Förderprogrammen oder bei personellen Aufstockungen erst in der zweiten Reihe stehen oder gar vergessen werden. Wenn Mittel für PerspektivKitas fließen, müssen sie auch für die entsprechenden Einrichtungen der Minderheit fließen. Alles andere wäre ein Bruch mit dem Geist unserer Landesverfassung und dem partnerschaftlichen Miteinander in unserem Land. Bildung im Norden ist

immer auch Bildung in und mit der Minderheit!

Meine Damen und Herren, bisher war die Betreuung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen oft eine Frage der Aufopferung einzelner Erzieherinnen und Erzieher unter widrigsten Bedingungen. Das muss ein Ende haben. Wir müssen die freiwerdenden Kapazitäten nutzen, um die Fachkraft-Kind-Relation in inklusiven Gruppen massiv zu verbessern. Jedes Kind hat das Recht auf eine individuelle Förderung, egal ob es eine körperliche, geistige oder seelische Beeinträchtigung hat. Das Land muss hier die Rahmenbedingungen so setzen, dass Inklusion nicht als Belastung, sondern als Bereicherung des Kita-Alltags erlebt wird. Das erfordert Investitionen in Köpfe, in Räume und in die Ausbildung.

Kommen wir zu einem Punkt, der mich wirklich verwundert. Sie haben heute stolz verkündet, dass Sie 12 Millionen Euro zusätzlich investieren, um künftig vier weitere Krankentage zu finanzieren.

Das klingt in einer Pressemitteilung toll. Aber schauen wir uns doch mal die Realität an, die die Evaluation der KiTa-Reform schwarz auf weiß ans Licht gebracht hat: Die tatsächliche Belastung in den Einrichtungen liegt bei durchschnittlich 22 Krankentagen! Warum wird hier weiter Politik gegen die eigene Erkenntnis gemacht? Wenn Sie wissen, dass 22 Tage die Realität sind, warum werden dann nur 19 finanziert? Das ist Mathematik nach Kassenlage statt nach Lebensrealität!

Was bedeutet das: für die Erzieherinnen und Erzieher? Es bedeutet, dass sie weiterhin drei Tage pro Kopf und Jahr im Regen stehen. Es bedeutet, dass die Kommunen und Träger diese Lücke füllen müssen oder – was noch schlimmer ist – dass Gruppen auch in Zukunft geschlossen werden müssen, weil die Personalrechnung einfach nicht aufgeht. Wer ‚Verlässlichkeit‘ verspricht, aber die Realität ignoriert, der betreibt Mangelverwaltung im Gewand eines Reformers. Wir als SSW fordern: Finanzieren Sie die vollen 22 Tage! Geben Sie den Trägern vor allem aber den Fachkräften die Sicherheit, die sie brauchen, um gesund zu bleiben und ihren Job gut zu machen!

Nun komme ich zu einem Punkt, der für uns als SSW besonders wichtig ist. Hier ist ein Teil unserer Vision: wenn Sie von ‚Bester Bildung und Betreuung‘ sprechen, dann müssen wir nochmals über den Zugang sprechen. Und der sicherste Weg zu einem gerechten Zugang ist die Beitragsfreiheit! Wir fordern daher weiterhin die sukzessive Einführung der kostenfreien Kita für alle Eltern in Schleswig-Holstein. Warum?

Erstens: Weil Bildung ein Menschenrecht ist. Es ist völlig widersinnig, dass wir für die Schule und die Universität grundsätzlich keine Gebühren verlangen, aber ausgerechnet in der Phase, in der das Gehirn eines Kindes die größten Entwicklungssprünge macht, die Eltern zur Kasse bitten.

Zweitens: Beitragsfreiheit ist das wirksamste Mittel gegen den

Fachkräftemangel. Wie viele gut ausgebildete Elternteile sitzen zu Hause, weil sich der Wiedereinstieg in den Beruf finanziell kaum lohnt, wenn man die Kita-Gebühren gegenrechnet? Wir brauchen diese Menschen auf unserem Arbeitsmarkt. Eine kostenfreie Kita ist beste Wirtschaftsförderung und dazu noch ein echter Standortfaktor.

Drittens: Wir entlasten die Mittelschicht. In einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten explodieren, sind Kita-Gebühren ein Posten, der jungen Familien das Genick brechen kann. Wir müssen diese Familien entlasten, wenn wir ein kinderfreundliches Land sein wollen. Und Hand in Hand mit der Beitragsfreiheit geht unsere Forderung nach einem kostenlosen, gesunden Mittagessen für jedes Kita-Kind. Lassen Sie uns doch einmal in die Realität schauen: Es gibt Kinder, die kommen ohne Frühstück in die Kita. Und es gibt Kinder, deren Eltern sich das warme Mittagessen in der Einrichtung kaum leisten können. Das führt zu einer sozialen Stigmatisierung schon im Kleinkindalter. Ein kostenloses Mittagessen garantiert, dass jedes Kind – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern – mindestens eine hochwertige, gesunde Mahlzeit am Tag erhält. Das ist Gesundheitsprävention, das ist soziale Gerechtigkeit und das ist gelebte Gemeinschaft. Das Land hat die Mittel, diese soziale Hürde endlich einzureißen. Tun Sie es!

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute einen Weg skizziert. Aber dieser Weg ist noch zu schmal und er hat zu viele Schlaglöcher. Wir als SSW bieten Ihnen weiterhin die Hand für eine echte Weiterentwicklung. Aber wir werden nicht lockerlassen, wenn es um die Minderheit, um die Inklusion und vor allem um die sukzessive Kostenfreiheit der frühkindlichen Bildung geht. Nutzen Sie die Chance, die uns die aktuelle demografische Situation bietet. Die Kinder und die Familien in unserem Land haben eine Vision verdient, die über das Verwalten von Leerständen hinausgeht.